

Kleine Anfrage

Abg. Matthes (Grüne)

Hannover, den 2. 7. 1985

Betr.: Polizeieinsatz an der Hunte-Eisenbahnbrücke am 30. 6. 1985

Im Zuge von Blockadeaktionen gegen die Munitionstransporte der amerikanischen Streitkräfte auf der Eisenbahnlinie Nordenham-Hude wurde die Huntebrücke am Sonntag, dem 30. 6. 1985, ab 13.30 Uhr in geöffnetem Zustand von Demonstranten stillgesetzt; dabei besetzten sie den Strompfeiler, zu dem sie mit Sportbooten übergesetzt waren.

Als Gegenmaßnahmen setzte die Polizei Wasserschutzboote und Hubschrauber ein. Diese versuchten u. a., ein Kanu abzudrängen; dabei fuhr das Wasserschutzboot rückwärts auf das Kanu zu und kam erst wenige Dezimeter vor der Kanubreitseite zum Stehen. Beamte der Wasserschutzpolizei stießen mit Peekhaken (Enterhaken!) auf Insassen und Kanu. Die Kanubesatzung, bestehend aus zwei Leuten, drehte ab, während ein Segelboot zwischen Wasserschutzpolizeiboot und Kanu hindurchsegelte. Jetzt wurde der Segler verfolgt, festgenommen und soll der Presse zufolge wegen Behinderung oder Gefährdung des Luft(!)verkehrs belangt werden, weil zu gleicher Zeit Hubschrauber zur Verfolgung des Kanus ansetzten. Das Kanu rettete sich inzwischen ins Uferschilf. Ein Hubschrauber setzte sich nur wenige Meter über das Kanu und drückte es mit dem Rotorluftstrom unter Wasser, so daß es vollief und kenterte. Nicht genug damit, blieb der Hubschrauber auch danach über den Schiffbrüchigen stehen und brachte diese durch den Luftstrom in die Gefahr des Ertrinkens. Dieses Manöver dauerte ca. 1/2 Stunde, während vom Hubschrauber abgesetzte Polizeibeamte versuchten, die Kanufahrer zu ergreifen.

Bei der Verfolgung war ein anderer Hubschrauber bei stark böigem Wind und heftigen Regenschauern durch die geöffnete Brücke in Höhe der Gleise geflogen, obwohl die Fahrdrähte und eine Überlandstromleitung in unmittelbarer Nähe waren, und brachte somit die Demonstranten auf dem Brückenpfeiler in Lebensgefahr.

Als sich auf einem Brückenkopf an einem Fußgängerüberweg über die Bahnstrecke eine Gruppe von Demonstranten sammelte, besetzten die Polizeibeamten die Gleise. Plötzlich kam es zu einer Rangelei, als die Polizei zwei Demonstranten ergreifen wollte. Das gelang auch; sie wurden über die Gleise geschleift, bäuchlings auf den Schotter neben die Gleise gelegt und mit den Händen auf dem Rücken gefesselt. Auf Nachfrage wurde erklärt, diese Festhaltung habe nur der Personalienfeststellung gedient. Als eine Anwältin versuchte, Kontakt mit den beiden aufzunehmen, wurde ihr dies ohne Angabe von Gründen verwehrt. Die beiden Festgehaltenen wurden nach Delmenhorst transportiert, wie eine Nachfrage ergab.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum nimmt es die Polizei in Kauf, Personen durch Einsatz von Booten und Hubschraubern in Gefahr für Leben und Gesundheit zu bringen?

2. Aus welchem Grund wurden die beiden Demonstranten festgenommen und gefesselt, weshalb wurde ihnen der Rechtsbeistand verwehrt, und was geschah mit ihnen nach dem Abtransport?
3. Warum flog der Hubschrauber in Höhe der Bahngleise durch die geöffnete Brücke in der Nähe der Fahrleitung und in unmittelbarer Nähe einer Überlandstromleitung?

Matthes